#GIDSstatement 3 / 2023

Christina Moritz

Mauerblümchen mit Potenzial

Wie Deutschland mit einem Nationalen Sicherheitsrat strategiefähig wird

#GIDSstatement | Nr. 3 / 2023 | Februar 2023 | ISSN 2699-4372

GIDS GERMAN INSTITUTE FOR DEFENCE AND STRATEGIC STUDIES

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:
Christina Moritz, Mauerblümchen mit Potenzial. Wie Deutschland mit einem Nationalen Sicherheitsrat strategiefähig wird, #GIDSstatement 3/2023, Hamburg.

GIDS
German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Christina Moritz

Mauerblümchen mit Potenzial

Wie Deutschland mit einem Nationalen Sicherheitsrat strategiefähig wird

Tanzen lernen

Wer gut informiert ist, auf dieser Grundlage vorausschauend Szenarien entwickelt, Reserven vorhält und den Alarmfall einübt, läuft seltener Gefahr, von Krisen überrascht oder überfordert zu werden. Diese Binsenweisheit Strategischer Vorausschau gilt mehr denn je. Denn krisenhafte Entwicklungen haben ein Ausmaß angenommen, das bisher als undenkbar galt.[1] Zudem sind neue Gefährdungen wie Krieg in nächster Nähe, hybride und Cyber-Kriegsführung oder Klimakatastrophen hinzugekommen.

Die Steigerung der Kapazitäten zur frühzeitigen Risikoerkennung und kontinuierlichen Erarbeitung gesamtstaatlicher Schutzkonzepte – kurz mehr Strategiefähigkeit – ist spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ein drängendes Anliegen. Selbst Expertinnen und Experten hatten das Ereignis und die damit einhergehende Gefahr des Einsatzes von Nuklearwaffen nicht für wahrscheinlich gehalten. Zuvor waren weder der weltweite Ausbruch von COVID-19, die Annexion der Krim, die Wucht des Ahr-Hochwassers noch die Geschwindigkeit der Taliban bei der Übernahme Afghanistans rechtzeitig vorhergesagt worden. Darüber hinaus haben die globalen Folgen der Erderwärmung mittlerweile nicht nur ein katastrophales Ausmaß erreicht, sondern auch den Rahmen bestehender Frühwarn-Mechanismen gesprengt. Sie richten in der Bundesrepublik unverändert durch Überschwemmungen, Brände oder Stürme schwere Schäden an. All dies vermittelt den Eindruck, staatliche Stellen seien von den krisenhaften Ereignissen gänzlich überrascht worden und deshalb nicht zu Gegenmaßnahmen fähig.

Sind es angesichts dieser Veränderungen des Bedrohungsspektrums neben der Fähigkeit zu computergestützter Krisenfrüherkennung nicht zunehmend auch andere Faktoren, von denen Handlungs- und Strategiefähigkeit der Bundesregierung abhängen?

So etwa von der längst überfälligen Übertragung der Kompetenzen für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz auf den Bund. Auch ein Nationaler Sicherheitsrat (NSR) als übergeordnete, koordinierende Sicherheitsinstitution wird als zentraler Baustein einer neuen deutschen Sicherheitsarchitektur zunehmend häufiger diskutiert.[2]

---

1 Überraschung über das Ausmaß der COVID-19-Pandemie: z. B. Fauci, Immunologe und Berater des US-Präsidenten, 2021: […] „es wurde noch schlimmer, als ich es je vorhergesagt hätte“ […] „In meinen verrücktesten und pessimistischsten Träumen hätte ich das niemals so vorhergesagt.“, dpa 2021.

2 Z. B. Kaminski 2021a: 7; Kaminski 2021b: 4; Kaminski 2021c: 4.
Beiträge zum Konzept eines deutschen Nationalen Sicherheitsrates seit 2016 Moritz, u. a. Moritz 2019a; Moritz 2022a: 5–7; Moritz 2022b; Moritz 2021a: 38–41; Moritz 2021b: 8–11; Moritz 2021c: 55–57; Moritz 2020b: 2–4; Moritz 2020c: 27–28; Moritz 2019b: 33–37; Moritz 2017: 20–21; Moritz 2016: 86–88.
Für einen Nationalen Sicherheitsrat u. a. Heusgen 2022: 44: „Die Bundesregierung muss dringend einen ‚Nationalen Sicherheitsrat‘ einrichten. In einem solchen Rat sollten die für unsere Sicherheit

Im Verlauf der COVID-Krise mehrten sich erstmals Forderungen nach einem permanenten zentralen Gremium[3] zur Verbesserung des Krisenmanagements sowie explizit nach einem Nationalen Sicherheitsrat[4]. Doch befürwortende Stimmen aus den Parteien verhallten nach dem Wahlkampf 2021 ungehört. Das Energiemanagement der Bundesregierung nahm schließlich der CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz 2022 zum Anlass, im Namen der Unionsparteien im Bundestag einen Nationalen Sicherheitsrat mit „Experten von außen“[5] zu fordern. In seiner Plenarrede zum Bundeshaushalt charakterisierte er diesen als Ausdruck politisch-strategischen Denkens und Instrument zur Lösung hochkomplexer Fragen.[6] Bislang der Höhepunkt der politischen Diskussion zum Nationalen Sicherheitsrat. So wurde unter anderem erstmals thematisiert, inwieweit die alleinige Befassung einzelner Bundesministerinnen und Bundesminister in Krisen (noch) Sinn macht.

Jahrzehntelang galt der NSR-Ansatz zuvor als nicht realisierbar, wurde aus parteipolitischen Gründen pauschal abgelehnt und weithin geflissentlich ignoriert. Häufigste Gegenargumente waren das Ressort- und Föderalismusprinzip sowie partei- und koalitionspolitische oder interministerielle Rivalitäten.

Deutschland geriert sich indes weiter als sicherheitspolitisches Mauerblümchen – im Denken und institutionell noch etwas altbacken, unbeholfen im Umgang mit moderner Technik und gegen Cyberattacken oder (Deep) Fake News. *Tanzen lernen* muss es trotzdem. Und das schleunigst. Denn den Takt geben derweil Krieg, Katastrophen und

---

relevanten Fragen institutionell zusammengeführt werden: Außenhandel, Verteidigung, Nachrichtendienste, Versorgung, Schutz der kritischen Infrastruktur, Umgang mit Cyberangriffen. […] Wenn nicht jetzt, wo im Russlandkrieg all diese Fragen im Zusammenhang betrachtet werden müssen, wann dann?“.

Gegen einen Nationalen Sicherheitsrat u. a. Gabriel 2019, der in seiner Kritik an der amtierenden Bundesministerin der Verteidigung das Konzept auf militärische Belange reduziert: „Ihr Problem ist nur, dass sie nicht selber zu denken scheint, sondern auf die uralten und gelegentlich schlicht unsinnigen Ideen ihrer Soldatenbehörde zurückgreift. Denn nichts anderes ist der Vorschlag für einen ‚Nationalen Sicherheitsrat‘, den die Verteidigungsministerin nun aufgewärmt hat und der wie ein manövrierunfähiges U-Boot immer wieder durch die sicherheitspolitische See treibt“. Entgegen dieser Behauptung entstand die Idee bereits Jahrzehnte vorher im politischen Raum, nämlich in den Reihen der CSU.

Zur Abhängigkeit der Realisierbarkeit eines NSR vom politischen Willen: Rotmann 2021: 33: „Eine Architekturreform – Stichwort ‚Nationaler Sicherheitsrat‘ – soll es richten: Mehr Führung aus einer Hand soll schnellere und bessere Entscheidungen bringen. […] Ob sich was ändert, hängt in erster Linie von der Kanzlerin ab (Männer sind mitgemeint). Armin Laschet und Annalena Baerbock sagen, das Internationale stärker aus dem Kanzleramt steuern zu wollen; Olaf Scholz gilt als skeptisch. Auch wenn Laschet oder Baerbock gewinnen sollten: Es wird sich nur etwas ändern, wenn sich die Zustimmung dazu auch für die kleineren Koalitionspartner lohnt.“

3 Vgl. Dreyer fordert 2021: „ein großes interdisziplinär zusammengesetztes und anerkanntes offizielles Expertenteam auf Bundesebene“, das Bund und Länder beraten soll. RND/dpa 2021.

4 Beispiele für Forderungen nach einem Nationalen Sicherheitsrat auf politischer Ebene: CDU will 2021 Nationalen Sicherheitsrat: kno 2021.
FDP forderte 2020 und 2022 Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, Deutscher Bundestag 2020; Hildebrand/Sigmund/Specht 2022.

5 Merz 2022 in seiner Plenarrede im Deutschen Bundestag: „Spätestens diese Krise und das Durcheinander in Ihrer Koalition hätten Sie, Herr Bundeskanzler, zum Anlass nehmen müssen, im Bundeskanzleramt einen Energiesicherheitsrat – noch besser: einen nationalen Sicherheitsrat aus Mitgliedern der Bundesregierung und Experten von außen – einzurichten. Spätestens diese Krise wäre Veranlassung gewesen, die Zuständigkeit an sich zu ziehen.“, Merz 2020: 5313 (A).

6 Merz 2022: 5313 (A): „Denn Sie können die hochkomplexen Fragen der Energiepolitik und der Versorgungssicherheit unseres Landes in einer solchen existenziellen Krise doch nicht allen Ernstes einem Bundeswirtschaftsminister überlassen, […]“.

existenzielle Engpässe an. Deren Verursacher kümmert es wenig, ob die Bundesrepublik Schritt zu halten vermag.

Genügend *Tanzpartner* gibt es. Noch steht die Bundesrepublik abseits des Kreises der NSR-Staaten, wodurch ihr insbesondere die Teilnahme am Austausch der Räte untereinander verwehrt ist. Im Leben wie auf der Tanzfläche lautet die Frage in der Regel: Wer führt? Doch darauf kommt es im internationalen Gefüge vor dem Hintergrund der russischen Aggression jedoch letztlich nicht an. Entscheidend ist der Wille, die Schritte einzuüben und am Formationstanz teilzunehmen – im Inneren wie nach außen. Hier zögert das Mauerblümchen noch, vom langsamen Standard-Wiegeschritt zu einer beherzten Drehung überzugehen und den eigenen Takt selbst vorzugeben.

Gleichwohl hat es Potenzial und beobachtet eingehend das Geschehen auf dem Parkett. An Expertise dafür mangelt es nicht. Ihr gesamtes Potenzial, also Fähigkeit multipliziert mit Absicht, ist allerdings nur in Teilen ausgeschöpft. Zwar reift auf politischer Ebene allmählich die Einsicht, dass es in zentralen Bereichen nationaler Sicherheit Veränderungen geben muss. Gerade um ein institutionelles Umsteuern wird man dort auf Dauer schlicht nicht umhin kommen, je weiter sich Gefährdungen verdichten. Doch weder in Politik noch in Verwaltung ist gegenwärtig ein gemeinsamer Wille auszumachen, das Verharren in hergebrachten Strukturen, Ressortegoismen und Kästchendenken aufzugeben.

Gelingt es, alle sicherheitsrelevanten Daten in einer Plattform wie dem Nationalen Sicherheitsrat ressortübergreifend zu bündeln und durch bislang nicht erschlossene externe Expertise zu ergänzen, wird die Bundesregierung aus dem Stand schneller handlungsfähig. Gleichzeitig entsteht Raum für mehr vorausschauende strategische Planung. Der Schritt hin zum NSR – als logische Vorstufe zur Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie – darf sich nicht weiter auf unbestimmte Zeit verschieben. Zu groß ist der Handlungsdruck gerade für Deutschland, seinen Beitrag im Verbund sich gegen neue Gefahren wappnender Verbündeter zu leisten.

Hundertprozentige Sicherheit mag nirgends realisierbar sein. Gleichwohl bedeutet die wachsende Komplexität der Bedrohungslage keineswegs zwangsläufig, dass Deutschland nicht hinreichend vorbereitet sein kann. Und zwar so, dass es gar nicht erst zu Schock, Panik oder Paralyse kommt.[7] Vor allem entbindet die derzeitige Situation die Bundesregierung nicht von der Pflicht, alles in ihrer Möglichkeit stehende dafür zu tun. Hierzu gehört auf institutioneller Ebene die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates.

Institutionen sind allerdings stets nur so gut wie ihr Personal und Strukturen, die effizientes und effektives Arbeiten ermöglichen. Braucht es überdies nicht auch und vor allem die Mitwirkung der Bevölkerung? In der Ukraine ist sie es, die einen landesweiten Widerstand ungeahnten Ausmaßes und die Verzögerung der russischen Invasion ermöglicht. Hier ist ihr Verhalten der Garant für Widerstandsfähigkeit (Resilienz) im Angesicht des Unfassbaren. Gleichzeitig sind es die Menschen, die durch mangelndes Vertrauen und Verweigerung ein Staatswesen grundlegend destabilisieren können.

In Europa geht es seit Kriegsbeginn um den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur und die Stärkung der Abwehrfähigkeit, beginnend auf nationalstaatlicher Ebene.

---

7 Bergner/Parkes 2022 analysieren die Ursachen unzureichender Krisenvorsorge, insbesondere die psychologischen Reaktionsmechanismen Schock, Panik und Paralyse, die bislang das (Nicht)Handeln der Bundesregierung geprägt haben mögen.

Dazu kann Deutschland nur dann einen Beitrag leisten, wenn es strategisch, militärisch, materiell und finanziell schlagkräftig aufgestellt ist. Das 2022 beschlossene 100-Milliarden-Sondermögen für die Bundeswehr ist eine erste Weichenstellung auf diesem Weg. Doch mehr Geld und Ausstattung für die deutschen Streitkräfte allein werden nicht genügen, um den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts, insbesondere im Cyberraum, zu begegnen. Denn Angriffsziel gegnerischer Strategen, die mittels (Deep) Fake-News-Kampagnen die öffentliche und individuelle Meinung zu manipulieren suchen, sind nicht mehr nur Kombattanten in Uniform, sondern mittlerweile auch Mann und Frau auf der Straße, am Handy und vor den Bildschirmen.

Selbst ein noch so gut vorgetragener Expertenrat vermag Vertrauen in verantwortliches Regierungshandeln und funktionierende Sicherheitsstrukturen nicht zu ersetzen, wenn er sich nicht in ein umfassend abgestimmtes Gesamtbild des Regierungshandelns einfügt und deshalb als verlässlich wahrgenommen wird. Doch woraus speisen sich Vertrauen und Anerkennung in Institutionen und die darin Handelnden? Wie sind die institutionellen Rahmenbedingungen zu gestalten, um für Deutschland Strategiefähigkeit in bestmöglichem Umfang zu erreichen? Die Lösung ist ebenso einfach wie effektiv: mit einem Nationalen Sicherheitsrat, der Vertrauen in Politik und Bevölkerung genießt, weil er seine Empfehlungen auf der Grundlage des bestmöglichen Lagebildes und der größtmöglichen Einbeziehung von Fachwissen gibt.

Argumente für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates

Für einen Nationalen Sicherheitsrat sprechen, wie die bisherige Praxis der sogenannten Sicherheitskabinette und Krisenstäbe im Bundeskanzleramt belegt, vor allem funktionale Gründe. In Krisen müssen alle Fäden beim Bundeskanzler und unter Einbindung weniger, den Kern-Sicherheitsressorts zusammenlaufen. Nur so ist es zu erklären, dass Kanzler Kohl ebenso wie seine Nachfolger Schröder und Merkel das Sicherheitskabinett aus Auswärtigem Amt, Verteidigungs-, Innen- und Finanzministerium immer dann einberiefen, wenn es große Krisen zu meistern galt. Dieselben Beweggründe manifestierten sich später im Corona- oder Afghanistan-Krisenstab. Als Nukleus existiert der deutsche Nationale Sicherheitsrat also – weithin unbemerkt – schon seit geraumer Zeit. Allerdings ohne die nötigen weitreichenden Kompetenzen und einen leistungsfähigen organisatorischen und analytischen Unterbau.

Ein zur vollen Größe erstarkter NSR eröffnet, sofern klug konzipiert, neue Möglichkeiten: die Erschließung zusätzlicher Datenquellen, die Beteiligung der deutschen Bevölkerung und eine erweiterte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Hierin liegen für Deutschland in mehrfacher Hinsicht Chancen: Die Bundesregierung könnte aus Defiziten internationaler Pendants lernen und einen in jeder Hinsicht zeitgemäßen Nationalen Sicherheitsrat nach deutschen Erfordernissen gestalten. Außerdem bietet sich erstmals die Möglichkeit, die Bevölkerung eines Landes umfassend in den Prozess der Gewährleistung nationaler Sicherheit einzubeziehen. Warum nicht ein Portal für Eingaben aller Bürgerinnen und Bürger einrichten? Der Aufwand wäre gering, der Nutzen immens. Zumal, wenn sich abseits der Regierungsstränge weitere Expertinnen und Experten zu Wort meldeten.

Rund ein Drittel aller Länder – ungeachtet ihrer Staatsform oder Größe – bedient sich für Krisenprävention und -management eines Nationalen Sicherheitsrates. Bei ihnen hat das institutionelle Modell den Praxistest bereits bestanden. Wenn der Rat für

Verteidigung und nationale Sicherheit in Frankreich einberufen wird, ist das ein Signal, dass die Lage ernst ist. Inzwischen wird das Format NSR dort nicht nur in militärischen Krisensituationen oder zur Bekämpfung der Corona-Pandemie genutzt, sondern auch zur Beratung über den infolge des russischen Vorgehens drohenden Strom- und Gasmangel.[8] In den USA gehört der National Security Council seit Jahrzehnten zur Sicherheitsarchitektur. Das Vereinigte Königreich etablierte das Gremium als Reaktion auf Terroranschläge, Ungarn nach Beginn des Ukraine-Krieges. Die Liste ließe sich fortsetzen. Warum entschieden sich mehr als 60 Staaten weltweit für dieses Modell einer übergeordneten Sicherheitsbehörde? Einfach gesagt: Weil Sicherheit aus einer Hand Sinn macht, um lagegerecht schneller und weitblickender handeln zu können.

Nationale Sicherheitsräte fungieren als Leitstellen, die alle zivilen und militärischen Kapazitäten der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Energie-, Umwelt- und Entwicklungspolitik vernetzen. Indem sie Risiken ressortübergreifend validieren, bieten sie ein umfassendes Lagebild. Außerdem verkürzt die *Alles-unter-einem-Dach*-Konstruktion Entscheidungswege und ermöglicht das parallele Management mehrerer Krisen. Ob zivil oder militärisch aufgebaut, sind die Räte, noch während gleichzeitig das Tagesgeschäft läuft, strategische Impulsgeber für mittel- und langfristige Lösungen.

Das Management der COVID-19-Pandemie und des Ahr-Hochwassers offenbarte gravierende Defizite der Strategiefähigkeit der Bundesrepublik. Mittel- bis langfristige Konzepte, brauchbare Notfallpläne, Material-, Personal- oder Finanzreserven für den Fall X, vor allem aber eine übergeordnete Steuerung, fehlten. Die Folge waren zu lange Abstimmungsprozesse, Informationslücken in besonders kritischen Lagen und der Verlust von Menschenleben; in einer Höhe, die mit strategischer Vorbereitung und Steuerung deutlich geringer hätte ausfallen können.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Messlatte für funktionierende Sicherheitspolitik noch um einiges höher gelegt. Vor diesem Hintergrund braucht auch Deutschland dringend eine zentrale Sicherheitsinstitution, die Entscheidungen der Bundesregierung besser vorbereiten hilft und sicherheitspolitisch strategiefähig macht. Dazu müssen sich deren Empfehlungen aus der Zusammenführung aller verfügbaren Daten, Szenarien und Studien aus Wissenschaft, Thinktanks und Wirtschaft speisen und bis weit in die Zukunft reichen. Dies zeigen die jüngsten Krisen. Entscheidend für die Wertschätzung der Institution in allen Teilen der Gesellschaft ist zudem, dass sie von Anfang an unabhängig von Parteipolitik konzipiert wird und Beteiligungsformate anbietet.

Derzeit ist die Bundesrepublik institutionell-systemisch noch nicht zu zentral gesteuertem Krisenmanagement fähig und damit nur eingeschränkt abwehrfähig. So wurde in mehr als zwei Jahren des gesundheitlichen Notstands während der Corona-Pandemie die notwendige Umstrukturierung der deutschen Sicherheitsarchitektur nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen. Eine weitblickende Anpassung der grundgesetzlichen Kompetenzzuschnitte, vor allem die Übertragung der Katastrophenschutz-Zuständigkeit auf den Bund, unterblieb. Die Verzögerung dringender Entscheidungen infolge fortgesetzten Bund-Länder-Kompetenzgerangels dauert an. Ein Zustand, der sich auch für die Beratungen zu Corona und zur Energiesicherheit im Winter 2022 abzeichnete.

8 Vgl. Holzer 2022.

Das Schlimmste verhindern soll und kann derzeit nur die Bundeswehr, die zunächst bei der COVID-19-Kontaktnachverfolgung, Impfkampagnen sowie Schutz und Transport der Impfdosen Amtshilfe leistete. Anschließend stellten die Streitkräfte auch Leiter und Kernpersonal des um einen Expertenbeirat erweiterten, sieben Tage die Woche arbeitenden Corona-Krisenstabs im Bundeskanzleramt. Die Halbwertzeit dieser Institution reichte allerdings mit seiner Auflösung Ende Juni 2022 nicht einmal bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Pandemie als überwunden gelten konnte. Wird der Stab künftig nicht für die parallele Bearbeitung weiterer Bedrohungen wie Energieknappheit, Cyber-Kriegführung, Klimawandel oder Terrorismus verstetigt, droht ein Rückfall in genau die institutionellen Strukturen und Entscheidungsmechanismen, die sich nun bereits mehrfach als dysfunktional erwiesen haben.

Kann angesichts der Zunahme globaler Bedrohungen die Koordination eines hochkomplexen Geflechts von Vorsorgemaßnahmen und -strategien künftig weiterhin einem Bundesministerium überlassen bleiben? Cyber- und Infrastruktur-Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit – alles Beispiele für Themen, die längst nicht mehr nur ein Ressort tangieren. Um wieviel schneller und gemeinsam abgestimmter wären Entscheidungen in der Pandemie, während des Ahr-Hochwassers oder in der Ukraine-Krise mit einem Nationalen Sicherheitsrat zustande gekommen? Bedarf es für innen- wie außenpolitisches Handeln nicht einer zentralen Institution, die Informationen und Akteure ressortübergreifend bündelt und frühzeitig Handlungsempfehlungen aus einer Hand entwickelt? Und schließlich: Wer vermag die im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie zu erarbeiten, umzusetzen und kontinuierlich lagegerecht fortzuschreiben – wenn nicht ein NSR als zentrale Sicherheitsbehörde?

Institutionelles Design eines deutschen Nationalen Sicherheitsrates

Ein Nationaler Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt mit Nationalem Sicherheitsberater, Sekretariat und Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamten der Ressorts schlösse die institutionelle Lücke der deutschen Sicherheitsarchitektur. Lageabhängig sollte der NSR jeweils nur mit den unbedingt nötigen Teilnehmenden tagen. Mit wenigen in Akut- bzw. Krisenszenarien, mit vielen in Analyseszenarien ohne dringenden Handlungsbedarf. Ad hoc Krisenkabinette würden so entbehrlich. Durch die inhaltliche Vorbereitung der Ratstreffen in einer externen rund um die Uhr arbeitenden Analyseeinheit verringern sich Fehlerwahrscheinlichkeiten zudem deutlich. Unter Wahrung des Ressort- und Föderalismusprinzips sollten die Ministerien des Bundes und der Länder, Bundestag, Bundesrat, Nachrichtendienste aber auch Wirtschaft, Forschungseinrichtungen, Denkfabriken oder Verbände hierüber inhaltliche Impulse beisteuern können. Nicht notwendig physisch, sondern vorzugsweise virtuell, um die Einheit so klein wie möglich zu halten. Sie wäre dem Rat und damit dem Bundeskanzleramt unterstellt, sollte unter Schutz- und Geheimhaltungsgesichtspunkten physisch jedoch im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) verortet sein.

Dieses NSR-Design würde institutionelle Verstetigung durch regelmäßige Sitzungen und einen permanenten, auf Minimalgröße reduzierten Stab bedeuten. Um in akuten Krisen schneller handlungsfähig zu sein, würde er durch flexibel einsetzbare Elemente in der NSR-Analyseeinheit, die sog. Expertencluster, ergänzt. Sie ermöglichen die Konzentration auf prioritäre Themen und sind jederzeit auflösbar. Gegebenenfalls kann die

Einrichtung geheim gehaltener Außenstellen im gesamten Bundesgebiet Sinn machen, um den persönlichen und zugleich sicheren Austausch zwischen relevanten Akteuren und Fachleuten zu erleichtern.

Insgesamt wäre ein Nationaler Sicherheitsrat Garant für kontinuierliche Analyse und Denken auf Vorrat. Organisatorisch mit geringem Aufwand zu bewerkstelligen, brächte er Deutschland inhaltlich-funktional mehr Sicherheit und Strategiefähigkeit. Es steht allerdings nicht zu erwarten, dass er als zentraler strategischer Impulsgeber noch unter der Ampelregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegründet wird.

Der Koalitionsvertrag stellt für das erste Jahr der Legislaturperiode lediglich die Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) in Aussicht. Derweil ist deren Fertigstellung mehrfach ins Stocken geraten, weil relevante Akteure wie das Bundesministerium der Justiz und die Länder nicht in den Prozess eingebunden worden waren. Auch die Beiträge des Bundesministeriums der Verteidigung fanden keine Berücksichtigung. Dies sind gravierende Versäumnisse, die es mit einem Nationalen Sicherheitsrat als – sowohl inhaltlich wie auch auf der Akteursebene – maximal integrative Sicherheitsbehörde nicht gegeben hätte.

Machbar und sinnvoller wäre es gewesen, mit der Überarbeitung der Bund-Länder-Kompetenzen, aller sicherheitsrelevanten Gesetze und nicht zuletzt der Arbeit an einem Gesetz zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates umgehend und mindestens zeitgleich mit der Erarbeitung der NSS zu beginnen.

Dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die bisher eine Positionierung zum Thema Nationaler Sicherheitsrat vermieden und diesem skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, mittlerweile die Verortung eines NSR im Bundeskanzleramt oder im Auswärtigen Amt zum Gegenstand einer machtpolitischen Auseinandersetzung gemacht haben, erfuhr die Öffentlichkeit erst aus Presseberichten zur Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie.[9] Solche hergebrachten Reflexe hindern den dringend nötigen institutionellen Fortschritt und schaden dem Anliegen, für bestmögliche Rahmenbedingungen nationaler Sicherheit in einer Zeit gänzlich neuer, immer komplexerer Herausforderungen zu sorgen. Umso wichtiger wäre deshalb die Etablierung einer parteipolitisch unabhängigen NSR-Analyseeinheit zur Vorbereitung der Sitzungen im Kanzleramt.

Funktional betrachtet wäre ein Nationaler Sicherheitsrat als Instrument umfassender Entscheidungsvorbereitung mehr als ein Krisenstab für akute Bedrohungslagen oder die Steuerung von Auslandseinsätzen. Obwohl als Kabinettsausschuss einzurichten, ist er zudem deutlich mehr als der bereits in derselben Form bestehende Bundessicherheitsrat, dessen Zuständigkeit sich auf die Kontrolle von Rüstungsexporten beschränkt.

Überdies ist er Ansprechpartner – die eine Telefonnummer – für andere Nationale Sicherheitsräte, was internationalen Partnern durch Wegfall der direkten Abstimmung mit verschiedenen Ressorts die Zusammenarbeit mit Deutschland wesentlich erleichtern dürfte.

Um Beharrungstendenzen und *Verkrustungen* vorzubeugen, sollte das Personal in der Analyseeinheit für höchstens zwei bis vier Jahre zum Einsatz kommen. Die Auswahlkriterien müssen sich zuvörderst an Exzellenz sowie aktuellem Analyse- und Prognosebedarf ausrichten. Zudem sollten Kommunikationstalent, Offenheit für fachübergreifenden Austausch sowie hohe Motivation und ausgeprägte Managementfähigkeiten nicht nur während der Aufbauphase selbstverständlich sein.

---

9 Z. B.: Gebauer/Kormbaki 2023.

Abb. 1 Nationaler Sicherheitsrat – Institutionelles Design: Ganzheitlich – strategisch – aktiv (Quelle: Christina Moritz)

Ausnahmefall: Nationaler Sicherheitsrat als temporärer Krisenstab

Zentrale Koordinierungs-, Steuerungs- und direkte Durchgriffskompetenzen erhielte der Nationale Sicherheitsrat[10] lediglich in Großschadenslagen und zeitlich befristet, derzeit etwa auf Basis der Notstandsgesetzgebung und der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, und nur in größeren, einzig durch konzertiertes Vorgehen zu bewältigenden Krisen. So könnte der NSR in Gefährdungslagen größeren Ausmaßes auch die Koordinierung und bundeseinheitliche Steuerung operativer Maßnahmen aus einer Hand übernehmen.

Dennoch stellt das Modell einer zentralen Sicherheitsbehörde insgesamt weder Föderalismus noch Ressortprinzip in Frage. Denn es ist auf die Verfasstheit der Bundesrepublik zugeschnitten. Durch organisatorische Verschlankung beseitigt es jedoch Behörden-Doppelungen, ineffiziente und ineffektive Verfahren sowie Abstimmungsprozesse und ermöglicht umfassend abgestimmtes, im Vorhinein durchdachtes, gleichzeitig aber flexibles Regierungshandeln in Krisenlagen.

Mehrwert für die Strategiefähigkeit Deutschlands

Das Alleinstellungsmerkmal eines Nationalen Sicherheitsrates ergibt sich aus dem, was nur er kann: Fakten lagegerecht beliebig oft ressortübergreifend und mehrdimensional validieren und deren kurz-, mittel- und langfristige Folgen anschließend in einer 360 Grad-Gesamtschau beschreiben. Bewertungen dazu aus den zuständigen Fachressorts vermag einzig ein NSR tatsächlich umfassend zusammenzufassen und – da im Hause – dem Bundeskanzler ohne lange Wege, verbunden mit Handlungsempfehlungen und strategischen Impulsen zu unterbreiten.

10 Handelnder, mit entsprechenden Kompetenzen ausgestatteter Akteur wäre der Nationale Sicherheitsberater. Vgl. Moritz 2023: 12 f.

Im Gegenzug könnte er seine Erkenntnisse, insbesondere IT-gestützte Auswertungen, allen Bundesministerien zur Verfügung stellen, um deren Einschätzungen abzurunden. Es ergäbe sich ein kontinuierlicher Prozess, in dessen Verlauf Datenflüsse und Empfehlungen zu anstehenden Herausforderungen wie in einem System kommunizierender Röhren 24 Stunden sieben Tage die Woche ausgetauscht und angepasst werden könnten, während gleichzeitig das aktuelle Tagesgeschäft noch läuft und nicht beeinträchtigt wird.

Deutschland erhielte darüber hinaus eine Institution, die strategische Konzepte zu alten und neuen Bedrohungen – soweit überhaupt vorhanden – zentral bündeln, miteinander vernetzen, kontinuierlich und vorausschauend weiterentwickeln könnte. Das dadurch mögliche umfassende strategische Lagebild ist mit den bisherigen Instrumenten der deutschen Sicherheitsarchitektur nicht zu bewerkstelligen. Auf dieser Grundlage würde die Bundesrepublik insgesamt schneller handlungsfähig – sei es im Normalbetrieb oder beim Krisenmanagement.

Dass ein Nationaler Sicherheitsrat die geeignete Plattform für die Formulierung und permanente Fortschreibung einer Nationalen Sicherheitsstrategie wäre, versteht sich vor diesem Hintergrund von selbst.

Auch institutionell bedeutet ein Nationaler Sicherheitsrat einen qualitativen Fortschritt. Mit den schnell zusammengestellten oder auflösbaren Expertenclustern kombiniert er feste und flexible Strukturen. Je nach Gefahrenlage fungiert der NSR als Datensammler, zentrale Auswertungs- und Strategiebildungseinheit oder – zeitlich begrenzt – als zentraler Krisenstab. Zudem kann ein Nationaler Sicherheitsrat bislang nicht eingebundene, vor allem zivile Expertise integrieren. Damit würde der Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Lagebildes Rechnung getragen.

So ist beispielsweise anzuraten, zu Cyber-Attacken verstärkt auch den Austausch mit *Hackern*, Universitäten oder Unternehmen zu suchen. Große Konzerne beispielsweise könnten Besonderheiten von Angriffen über das wirtschaftseigene Alarmnetzwerk melden und staatliche Abwehr ergänzen. Überdies entfiele mit einer zentralen Sicherheitsinstitution das kontraproduktive Bund-Länder-Kompetenz-Gerangel.

Die Strategiefähigkeit Deutschlands steht und fällt nicht zuletzt mit institutionellen Strukturen, die einen schnellen Datenabgleich mit internationalen Partnern ermöglichen und dem Weitblick, weltweite Strategien und Maßnahmen gegen Gefährdungen anzustoßen, die alle Staaten nur gemeinsam bewältigen können. Ein Nationaler Sicherheitsrat könnte hierfür als zentraler Ansprechpartner dienen und bisher verschlungene, schwerfällige Entscheidungswege vereinfachen und beschleunigen.

Kurz: Vor allem in Krisenlagen hilft das institutionelle Modell eines Nationalen Sicherheitsrates, nicht unter Druck Informationen zusammen zu suchen oder ad hoc-Krisenstäbe bilden zu müssen. Durch mehr – namentlich internationale – Vernetzung ergeben sich ein lückenloses Lagebild und mehr Strategiefähigkeit.

Die nächsten Schritte. Abfragecluster und Zeitansätze

Ziel muss es letztlich sein, eine von Kanzlerpersönlichkeit oder parteipolitischer Zusammensetzung der Bundesregierung unabhängige Sicherheitsinstitution zu etablieren, die breite Akzeptanz genießt und deren Empfehlungen – weil umfassend und objektiv hergeleitet – allgemein anerkannt werden. Dieser Ansatz ist in Anbetracht der jahrzehntelangen gegenläufigen Handhabung ambitioniert, für die verbesserte Bearbeitung von Komplexität – gerade in Gefährdungslagen – aber unabdingbar.

Die eigentliche Arbeit wird beginnen, sobald sich ein gesellschaftlicher Konsens zur Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates herausgebildet hat und die politische Entscheidung getroffen ist. Die darauf folgende Analyse zu behebender Defizite der deutschen Sicherheitslandschaft und die Bestandsaufnahme neu in Entscheidungsabläufe zu integrierender Akteure und Institutionen muss ebenso straff organisiert werden wie die künftige Arbeit des Rates.

Zweckmäßig wären ein Aufbaustab im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung und die Bildung thematischer Abfragecluster, auch unter Nutzung und Erweiterung der seit der Weißbuch[11]-Erstellung vorhandenen Kontaktlisten. Im vorbereitenden Arbeitsverbund sollten die Sicherheits-Kernressorts Auswärtiges, Verteidigung, Inneres und die Nachrichtendienste vertreten sein. Dies gilt ebenfalls für ein mögliches Abfragecluster aus den Bundesministerien für Wirtschaft, digitale Infrastruktur, Verkehr, Umwelt und Finanzen. Ein weiterer naheliegender Abfrageverbund sollte aus Bundestag, Ländern, Behörden, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen gebildet werden. Einzelexpertinnen und -experten würden dem passenden Fachcluster zugeordnet. Damit würde der Weißbuchprozess institutionell gespiegelt.

Der Zeitansatz hierfür wie auch die Novellierung relevanter Rechtsgrundlagen sollten sechs Monate nicht überschreiten, in jedem Fall ein Zeitansatz deutlich unter einem Jahr angestrebt werden.

NSR-Analyseeinheit

Verbindungsreferentinnen und Verbindungsreferenten der Ressorts im Bundeskanzleramt sind schnell etabliert. Sie übernähmen erstmals die Organisation eines gebündelten fachlichen Briefings des Nationalen Sicherheitsberaters und unterstützen bei Bedarf den Aufbau des NSR-Sekretariats inhaltlich. Die Einrichtung einer Analyseeinheit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung wäre der nächste, zeitlich und inhaltlich deutlich umfangreichere Schritt. Die gängige Praxis, relevante Akteure physisch *an einem Tisch* zusammenzubringen, sollte beendet werden. Videokonferenzen können dazu beitragen, alle Expertinnen und Experten zu integrieren und im Notfall schnell ins Werk gesetzt werden.

Schon der griechische Philosoph Sokrates mahnte demütig: „Wisse, dass Du nichts weißt.“ So viel wie möglich zu wissen, gelingt in heutiger Zeit vor allem durch die

11 Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr gilt bis zur Verabschiedung der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung als Grundlage deutscher Sicherheitspolitik. Für seine Erstellung wurden erstmals ressortübergreifende Workshops für die Diskussion zentraler Fragestellungen gebildet.

computergestützte Auswertung großer Datenmengen (big data) sowie durch die virtuelle Bereitstellung und Vernetzung von Informationen, Hintergrundpapieren oder Studien. Hinzukommen müssen kompetente, besonders belastbare Fachreferentinnen und -referenten, die nicht an Ressortweisungen gebunden sind, sowie externe Expertise.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Entscheidend ist, ob Deutschland sich mit einem eigenen Nationalen Sicherheitsrat und einem rat- und tatkräftigen Team endlich auf die Tanzfläche wagt. Solange der Koalitionsstreit anhält, ob und wie ein Nationaler Sicherheitsrat etabliert werden soll, bleibt die Bundesrepublik indes noch weit davon entfernt, überhaupt den ersten Schritt zum *Tanzen lernen* zu machen. Inwieweit Friedrich Merz mit seiner Rede eine umfassende öffentliche und gesamtgesellschaftliche Debatte zur Umgestaltung der deutschen Sicherheitsarchitektur anstoßen wird, bleibt abzuwarten. Angesichts der Zuspitzung der militärischen Lage und der Energiesituation im gesamten europäischen Raum sowie der Häufung klimabedingter Katastrophenlagen ist dies wahrscheinlich. Ein Ende des „Fahrens auf Sicht“[12] dürfte jedoch erst mit einem Nationalen Sicherheitsrat gelingen. Einer für Deutschland maßgeschneiderten übergeordneten Sicherheitsinstitution, die allseits vollstes Vertrauen genießt.

Gleichzeitig braucht es ein öffentliches Bewusstsein und den Willen, bereits im persönlichen Umfeld Vorsorge zu treffen und Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen. Neben der institutionellen Verstetigung im Rat ist dies ein wesentlicher Beitrag, um ein unvorbereitetes *Hineinschlittern* in Krisen zu verhindern. Beteiligung und aktive Mitwirkung der Bevölkerung dürften hierbei zunehmend die entscheidende Größe sein. Schließlich ist gerade sie es, die Angriffsziel von (Deep) Fake News ist, verunsichert und gelähmt werden soll.

Über Aufbau und personelle Zusammensetzung des Nationalen Sicherheitsrates sollten Überlegungen schon jetzt angestellt werden.[13] Denn innerhalb weniger Jahre seit Ausbruch des Corona-Virus und fast einem Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges duldet die Verwirklichung des Projektes keinen weiteren Aufschub. Andernfalls ist die Fülle der zu koordinierenden Aufgaben und Maßnahmen absehbar nicht mehr zu kontrollieren und zu bewältigen. Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung ist weiterhin nicht über das Ankündigungsstadium hinaus gediehen. Wohl auch, weil Themen gesammelt werden, statt zu überlegen, wer außerhalb der Ressorts die Strategie schreiben kann. Warum nicht die Fraktionen im Bundestag beteiligen oder einen allgemeinen bundesweiten Aufruf für Eingaben starten? Digitale Welt und Vernetzung machen es möglich, das Verfahren deutlich abzukürzen.

Regierungskoalitionen mögen die Weiterverfolgung des Ansatzes zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates künftig befördern oder hindern. Sei es aus ideologischen Gründen, Unvermögen, Überforderung oder alledem. Dies gilt es aus institutioneller Sicht nicht zu bewerten. Denn in der Tat ist es eine große Herausforderung, die

12 Vgl. insgesamt auch Brozus 2018.

13 Anders Schindler 2020: 206 f., Befürworter des Nationalen Sicherheitsrates: „Ob in den Sicherheitsrat auch Wissenschaftler direkt berufen werden oder ob das Gremium sich eines wissenschaftlichen Beirats bedient, gehört zu den vielen Details, die man regeln kann, genauso wie die Frage, ob es ein Gremium ausschließlich der Ressorts auf Ministerebene sein soll.“

Komplexität aktueller und sich abzeichnender Risiken handhabbar zu machen. Der zu behebende Fehler liegt nicht bei einzelnen Akteuren, sondern im System – in der bisherigen Struktur der deutschen Sicherheitsarchitektur.

Solange die Kompetenz für Krisen- und Katastrophenmanagement nicht vollständig auf den Bund übertragen ist, wird es hier über die föderale bis hin zur regionalen Ebene stets überlange Abstimmungsketten und Informationsverluste geben. Als Folgefehler würde sich dieses Fehl auf der Ebene der Koordinierung und Entscheidung über zu ergreifende Maßnahmen fortsetzen. Ebenso mit Blick auf Strategiefähigkeit im engeren Sinne, beim Entwurf strategischer Konzepte und Notfallpläne. Im weiteren Sinne muss sich der Blick dafür schärfen, dass Strategiefähigkeit ein Geflecht aus Faktoren ist, die bislang häufig vollständig außer Acht gelassen oder nicht (hinreichend) berücksichtigt wurden.

In jedem Fall wird es nicht ausreichen, einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Funktionalität allein überzeugt Menschen nicht. Ein gut durchdachtes, vor allem erfolgreiches institutionelles Design dagegen schon. Der NSR muss so effizient und schlagkräftig agieren können, dass bessere Ergebnisse und greifbarer Nutzen seine Existenz rechtfertigen. Eine breite Öffentlichkeit muss seinen Mehrwert erkennen können. Und nur dann, wenn daraus tatsächlich und sichtbar neue Handlungsmacht und mehr Flexibilität bei der Bearbeitung gleich mehrerer Themen oder Krisen erwachsen, werden Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Vertrauen in die neue zentrale Sicherheitsinstitution fassen. Dies wird den Rat – wie in einem Rückkopplungseffekt – in seiner Arbeit zusätzlich stärken. Insbesondere, wenn Jede und Jeder Eingaben an den NSR richten kann und Informationen direkt aus dem Gremium zu mehr Transparenz über erwartbare Entwicklungen und notwendige Maßnahmen beitragen.

Zu viel Expertise, zu viele Ideen und Verbesserungsvorschläge blieben bisher gänzlich unberücksichtigt. Deshalb wird es nicht zuletzt eine zentrale Aufgabe eines deutschen Nationalen Sicherheitsrates sein müssen, auch hier Komplexität in den Griff zu bekommen und in konkrete wie strategische Handlungsempfehlungen einfließen zu lassen bzw. umzuwandeln.

Letztlich geht es um die gesamtgesellschaftliche Anstrengung, einen Nationalen Sicherheitsrat als übergeordnete Sicherheitsinstitution zu etablieren, deren Handlungsempfehlungen und Entscheidungen von einer großen Mehrheit anerkannt werden. Szenen, in denen in schwelenden Krisen oder Konflikten Stäbe eilig ad hoc zusammengezimmert werden, in denen Expertise erst mühsam zusammengesucht werden muss, gehören in die Mottenkiste nationaler Sicherheitsvorsorge in der Bundesrepublik. Schon, weil jede Bundesregierung mit dieser Vorgehensweise unverändert Gefahr liefe, Wichtiges zu übersehen und deshalb folgenschwere Fehler zu machen.

Auf lange Sicht werden Strategiefähigkeit und Resilienz der deutschen Bevölkerung im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Abwehr neuer, insbesondere Cyber- und Informationsbedrohungen, letztlich also nicht allein durch die Einrichtung eines NSR erreicht werden können. Den Rat gilt es so auszugestalten, dass seine Arbeit größtmögliche Transparenz hat und damit das Vertrauen der Menschen gewinnt.[14] Er muss

14 Zur Notwendigkeit von Beteiligung und Rückhalt in der Bevölkerung: Moritz 2020a: 17. Für Partizipation plädiert auch Mölling 2020: 83: „Denn ohne sie wird alles Vorgeschlagene nicht gelingen: Bürgerinnen und Bürger werden Präventionsmaßnahmen oder weitreichende Veränderungen der staatlichen institutionellen Ordnung nicht einfach akzeptieren, wenn sie nicht wissen, warum das erforderlich ist und was sie davon haben."

gewissermaßen entwaffnend ehrlich sein, um nicht nur von Struktur und Ressourcen, sondern auch durch die feste parteiübergreifende Verankerung in und Unterstützung durch die Gesellschaft in seinem Wirken gestärkt zu werden.

Künftige Generationen werden voraussichtlich dreimal mehr Überschwemmungen und siebenmal mehr Hitzewellen erleben. Die zunehmende persönliche Betroffenheit der deutschen Bevölkerung durch diese Entwicklungen dürfte Veränderungen in der deutschen Sicherheitslandschaft beschleunigen. Bedenkenträgerei, Komfortzonen- oder Kästchendenken zu frönen, mag in weiten Teilen bisheriger Praxis entsprechen. Vorausschauende Sicherheitspolitik, die Risiken und Schäden frühzeitig minimieren hilft, geht anders. Deshalb muss Strategische Vorausschau jetzt mit einem NSR zum Tagesgeschäft werden.

Die Realisierung des Vorhabens dürfte kaum Probleme bereiten. Der Bundestag könnte im Wege des beschleunigten Gesetzgebungsverfahrens in kürzester Zeit grundlegende Änderungen in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in Krisenfällen und ein Gesetz zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates verabschieden. Insoweit wäre auch dieses – wohl schwächste – Argument gegen die Institution widerlegt.

Jetzt muss gelten: Der Tanz ist eröffnet.

Literaturverzeichnis

Bergner, Tobias/Parkes, Roderick (2022): Don’t Panic! How to Give Germany’s Crisis Management Strategic Footing, in: DGAP Policy Brief no. 22, July 2022.

Brozus, Lars (2018): Fahren auf Sicht. Effektive Früherkennung in der politischen Praxis (SWP-Studie 24 vom 29.11.2018), https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2018S24_bzs.pdf, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/17739 vom 11.03.2020, 19. Wahlperiode, Antrag FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag „Staatsübergreifenden Krisen und Herausforderungen gerecht werden – Deutschland braucht einen Nationalen Sicherheitsrat“, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw11-de-nationaler-sicherheitsrat-685594, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

dpa (2021): US-Immunologe Fauci von Ausmaß der Pandemie überrascht, in: Zeit Online vom 20.10.2021, https://www.zeit.de/news/2021-10/20/us-immunologe-fauci-von-ausmass-der-pandemie-ueberrascht, zuletzt aufgerufen am 22.01.2023.

Gabriel, Sigmar (2019): Kramp-Karrenbauers Nationaler Sicherheitsrat. „Wäre nicht schlecht, die deutsche Verfassung zu kennen“. Der Vorschlag aus dem Verteidigungsministerium ist machtstrategisch motiviert. Besser wäre eine gesellschaftliche Debatte über die Bundeswehr, in: Tagesspiegel Online vom 09.11.2019, https://www.tagesspiegel.de/politik/kramp-karrenbauers-nationaler-sicherheitsrat-waere-nicht-schlecht-die-deutsche-verfassung-zu-kennen/25207140.html, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

Gebauer, Matthias/Kormbaki, Marina (2023): Nationale Sicherheitsstrategie. Scholz und Baerbock können sich nicht einigen, in: Spiegel online vom 28.01.2023, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nationale-sicherheitsstrategie-olaf-scholz-und-annalena-baerbock-koennen-sich-nicht-einigen-a-f8c61e5a-974a-4ba0-b9a3-cc849f73f47c, zuletzt aufgerufen am 01.02.2023.

Heusgen, Christoph (2022): So muss Deutschlands neue Außenpolitik aussehen, in: Spiegel vom 30.04.2022, S. 44.

Hildebrand, Jan/Sigmund, Thomas/Specht, Frank (2022): Frühwarnsystem für Krieg und Krisen. FDP will einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten, in: Handelsblatt vom 05.05.2022, https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/geplanter-beschluss-fruehwarnsystem-fuer-krieg-und-krisen-fdp-will-einen-nationalen-sicherheitsrat-einrichten/28308968.html, zuletzt aufgerufen am 31.01.2023.

Holzer, Birgit (2022): Das Atomproblem von Emanuel Macron. Frankreich fürchtet den Energienotstand im Winter, in: RND vom 31.08.2022, https://www.rnd.de/politik/energiekrise-frankreich-fuerchtet-energie-notstand-im-winter-6F7U2VTUGJFBXNLJ66G4SF36ZI.html, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

Kaminski, Simon (2021a): Krisenmanagement. Brauchen wir einen Nationalen Sicherheitsrat? Analyse. Unklare Kompetenzen und strukturelle Mängel. Die Pandemie hat gefährliche Defizite im Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik, Bund und Ländern offenbart. Wie Krisen und Katastrophen besser gemeistert werden können, in: Augsburger Allgemeine vom 24.04.2021, S. 7.

Kaminski, Simon (2021b): Braucht Deutschland einen Nationalen Sicherheitsrat? Sicherheitspolitik. Union und FDP wollen dem Beispiel der USA und Großbritannien folgen und ein Gremium für Krisen und Notlagen installieren. Innenpolitische Kompetenzen – etwa während einer Pandemie – sollen aber außen vor bleiben, in: Augsburger Allgemeine vom 09.07.2021, S. 4.

Kaminski, Simon (2021c): Politiker fordern Nationalen Sicherheitsrat. Analyse. Corona-Pandemie, Flutkatastrophe oder Afghanistan-Desaster – die Mängel bei der Bewältigung von Krisen sind offensichtlich. Die Rufe nach einem Gremium, das Kompetenzen zentral bündelt, werden im Wahlkampf lauter, in: Augsburger Allgemeine vom 03.09.2021, S. 4.

kno (2021): CDU will Nationalen Sicherheitsrat und europäisches FBI, in: Spiegel online vom 10.09.2021, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sicherheitspapier-cdu-will-nationalen-sicherheitsrat-und-ein-europaeisches-fbi-a-0ef7530c-9198-49f1-8ed4-a33723de1116, zuletzt aufgerufen am 22.01.2023.

Merz, Friedrich (2022): Plenarrede im Deutschen Bundestag am 07.09.2022, in: Plenarprotokoll 20/50, 20. Wahlperiode, 50. Sitzung, Deutscher Bundestag: Berlin.

Mölling, Christian (2020), Vom Flickenteppich deutscher Sicherheitspolitik, in: Internationale Politik 5 September/ Oktober 2020, S. 79–83.

Moritz, Christina (2016): Die Zeit ist reif für einen Nationalen Sicherheitsrat. Blaupause für eine Sicherheitsinstitution sui generis gesucht, in: Europäische Sicherheit & Technik 6/2016, S. 86–88.

Moritz, Christina (2017): Anleitung zum Quantensprung. Warum Deutschland einen Nationalen Sicherheitsrat braucht, in: Business & Diplomacy Herbst 2017, S. 20–21.

Moritz, Christina (2019a): Höchste Zeit für einen Nationalen Sicherheitsrat, in: Frankfurter Allgemeine Online vom 23.10.2019, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gastbeitrag-hoechste-zeit-fuer-einen-deutschen-sicherheitsrat-16447310.html, zuletzt aufgerufen am 22.01.2023.

Moritz, Christina (2019b): Nationaler Sicherheitsrat geht vor. Europäische Lösungen sind erst der nächste Schritt, in: Europäische Sicherheit & Technik 9/2019, S. 33–37.

Moritz, Christina (2020a): Angst essen Umsicht auf. Warum die Notwendigkeit der Einrichtung eines Nationalen Deutschen Sicherheitsrats immer dringlicher wird, in: Newsletter Verteidigung 50/2020, S. 14–17.

Moritz, Christina (2020b): Das Jahrhundert der Schwarzen Schwäne braucht neue institutionelle Antworten. Zur Notwendigkeit eines Nationalen Sicherheitsrats, in: Newsletter Verteidigung 32/2020, S. 2–4.

Moritz, Christina (2020c): Von Krabben und Nationalen Sicherheitsräten. Wir wissen alles, oder?, in: Europäische Sicherheit & Technik 1/2020, S. 27–28.

Moritz, Christina (2021a): Wasserlöcher und Wunschzettel. Braucht Deutschland einen Nationalen Sicherheitsrat?, in: Loyal 11/2021, S. 38–41.

Moritz, Christina (2021b): Die Analyseeinheit des Nationalen Sicherheitsrates – schnell zusammengesetzt, in: Newsletter Verteidigung 8/2021, S. 8–11.

Moritz, Christina (2021c): Die Uhr tickt. Corona-Pandemie. Chance für einen Probelauf zum Nationalen Sicherheitsrat, in: Hardthöhenkurier 1/2021, S. 55–57.

Moritz, Christina (2022a): Vor die Welle kommen. Wie ein Nationaler Sicherheitsrat den Kurs deutscher Politik unterstützen könnte, in: Newsletter Verteidigung 32/2022, 5–7.

Moritz, Christina (2022b): Sicherer mit einem Nationalen Sicherheitsrat?, in: Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V., Opinions on Security Ausgabe 18, https://atadag.de/opinions-on-security/ausgabe-18-moritz/16652/, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

Moritz, Christina (2023): Zu Ende gedacht – Nationaler Sicherheitsrat in Aktion, in: Newsletter Verteidigung 1/2023, S. 11–13.

RND/dpa (2021): Malu Dreyer fordert Pandemie-Krisenstab und Experten-Team, in: RND Online vom 07.08.2021, https://www.rnd.de/politik/corona-malu-dreyer-fordert-pandemie-krisenstab-und-experten-team-Z3EDJG6HE4LBRTYK6UTTN6HZQI.html, zuletzt aufgerufen am 24.01.2023.

Rotmann, Philipp (2021): Vom alten Diesel auf Hybrid, in: Internationale Politik September/Oktober 2021, S. 32–37.

Schindler, Gerhard (2020): Wer hat Angst vorm BND? Warum wir mehr Mut beim Kampf gegen die Bedrohungen unseres Landes brauchen. Eine Streitschrift, Econ/Ullstein Buchverlage GmbH: Berlin.